

Verhandeln kommt von handeln – nicht von verhöhnen

Von Sabine Schumann, stellvertretende DPoIG-Bundesvorsitzende

Einige Sätze aus der dbb Jahrestagung liegen mir noch im Ohr. Es ist nicht lange her, als quer durch die politische Landschaft vom starken Staat und den motivierten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gesprochen wurde. Da wurden Sätze wie „Wir brauchen für die Zukunft die besten Nachwuchskräfte, um bevorstehende Herausforderungen zu meistern!“, weiter mit „Der Staat muss handlungsfähig sein, sonst kommen wir nicht durch die vielen Krisen unserer Zeit!“, oder „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben unsere Anerkennung und Wertschätzung verdient!“, geäußert.

Klingt gut, dachte ich mir da in Köln, als ich den Statements und Diskussionen der Menschen aus der Politik folgte.

Derzeit verfolge ich den Verlauf der Tarifverhandlungen in den Medien. Und da frage ich mich fassungslos, wie diese Aussagen heute zu den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst passen. Überhaupt nicht, die Aussagen von gestern sind heute in der Bedeutungslosigkeit der Politik angekommen. Nun sind angeblich die Kassen von Bund und Kommunen leer. Was ist passiert? Wo bleiben Achtung und Bestätigung für die tägliche Arbeit der Bediensteten des Staates?

■ Einstudiertes Ritual

Wir jedenfalls haben den Anspruch, wenn es um „Tarifverhandlungen“ geht, dass unsere Verhandlungspartner wenigstens mit einem verhandlungsfähigen Angebot



> Sabine Schumann, stellvertretende DPoIG-Bundesvorsitzende

erscheinen. Weit gefehlt, es läuft dort so ab:

Da, wo die Verhandlungen geführt werden sollen, also in Potsdam, erscheinen die Staatslimousinen. Es steigen zwar bekannte Gesichter der Politik aus, aber allesamt offenbar nur Statisten mit freundlichen Gesichtern. Sie schreiten an den Beschäftigten und ihren Transparenten vorbei, lassen sich von

Heute könnte man es vielleicht „Tarif-Bonga-Bonga“ nennen, denn die Politik präsentiert hier die Geringschätzung des öffentlichen Dienstes in Gänze.

der Presse fotografieren und interviewen, verschwinden im Gebäude, treffen dort mit den Tarifleuten zusammen, erwehren sich der Forderungen oder schwurbeln herum, um dann un verrichteter Dinge wieder in ihren Limousinen abzurauschen.

Auf mich wirkt das alles wie ein einstudiertes Ritual, ja wie das Flanieren von Promis auf dem

roten Teppich. Dieser Ablauf wiederholt sich für die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes in Potsdam zu jeder Tarifrunde und immer zweimal komplett, ohne etwas zu unterbreiten, was der Rede wert wäre. Jedenfalls ist das, was Frau Faeser da als „Angebot“ mitgebracht hatte, genau das Gegenteil, es ist eher als Provokation und Signal der Geringschätzung der Beschäftigten geeignet. Es

mutet für mich wie frühere Protokollveranstaltungen der DDR oder noch früher bei Hofe an.

Mehr als ernüchtert sind wir von Nancy Faeser, Bundesinnenministerin und Verhandlungsführerin für den Bund, jetzt Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin in Hessen. Sie hat bisher kein Signal erkennen lassen, das zu

ihren Worten der Jahrestagung in Köln passt noch für echte Verhandlungen steht. Unsere Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes in Hessen werden hier ganz genau hinschauen, wem sie ihre Stimme geben werden. Es sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die sehr wohl übersehen können, wer zwar alle Bühnen betritt und die Welt retten will, aber die eigenen Leute und das eigene Land schwächt, weil die öffentlichen Strukturen und die Handlungsfähigkeit des Staates beschädigt werden. Oder mit den Worten von Willy Brandt: „Fortschreibung der Vergangenheit ergibt noch keine Zukunft.“

Nancy Faeser schreibt leider Gottes in Potsdam die Vergangenheit eines schwachen Staates weiter.

Es ist eine Illusion zu glauben, dass in der Politik auf Worte wie „Respekt und Anerkennung“ für unsere Arbeit auch Taten folgen werden. Jedenfalls nicht ohne gewerkschaftliche Auseinandersetzung, ja im Arbeitskampf, sowohl mit öffentlichen Protestaktionen als notfalls auch mit Streiks. Freiwillig werden sie uns, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, leider kein annehmbares Ergebnis zugestehen. Mehr denn je wird es auf die Solidarität und die Kampfbereitschaft aller Beschäftigten ankommen, um die Forderungen mitzuziehen und Erfolge für alle zu sichern.

Der öffentliche Dienst ist keine schmückende Parade am roten Teppich, er ist das Rückgrat des Staates, der in seiner Struktur zusammen erfolgreich sein muss. ■